

Aus dem Pressebericht des Vorsitzenden der DBK zum Abschluss der Frühjahrs-Vollversammlung
(Volltext)

"Ort unseres Zeugnisses ist unser konkretes Leben"

Hildesheim, 26. Februar 2015 (DBK PM)

Nahostkonflikt Israel – Palästina

Anlässlich des Internationalen Bischofstreffens „Zur Solidarität mit den Christen im Heiligen Land“ (10. bis 15. Januar 2015) hat sich die Vollversammlung mit der politischen und gesellschaftlichen Lage in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten befasst. Das Internationale Bischofstreffen, das in diesem Jahr bereits zum 15. Mal abgehalten wurde, ist nach wie vor eine wichtige Plattform für den Austausch von katholischen Bischöfen aus Europa, Nordamerika und Südafrika mit den Kirchenführern im Heiligen Land. Die Treffen dienen darüber hinaus der Erkundung der politischen Lage und der Lebenswirklichkeit der Menschen in dieser zerrissenen Weltregion sowie dem Gespräch mit palästinensischen und israelischen Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft auf beiden Seiten. Der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Stephan Ackermann (Trier), und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten der Kommission Weltkirche, Weihbischof Thomas Maria Renz (Rottenburg-Stuttgart), haben der Vollversammlung einen ausführlichen Bericht besonders über ihren Besuch im Gaza-Streifen gegeben. Nach dem jüngsten Krieg zwischen Israel und der islamistischen Hamas liegt das Gebiet weitgehend in Trümmern. Die deutschen Bischöfe rufen die politisch Verantwortlichen in der Region, aber auch der internationalen Politik auf, die humanitäre Lage in Gaza durchgreifend zu verbessern – um der betroffenen Menschen willen, aber auch um zu helfen, weitere Gewalteskalationen in der ohnedies fragilen Region zu vermeiden. Nach menschlichem Ermessen sind Israelis und Palästinenser von einem echten Frieden derzeit weiter entfernt denn je. Um auf einen tragfähigen Pfad zu gelangen, müssen aber erste Schritte eingeleitet werden. Dazu gehört die Beendigung der gewalttätigen Strategie der Hamas ebenso wie ein Ende der Arrondierung des international nicht anerkannten Grenzverlaufs zwischen Israel und dem Westjordanland und des fortgesetzten israelischen Siedlungsbaus.